



An den Grossen Rat

18.5307.02

WSU/P185307

Basel, 25. November 2020

Regierungsratsbeschluss vom 24. November 2020

Anzug Edibe Gögeli und Konsorten betreffend „Null Plastik“ Politik für öffentliche Einrichtungen

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 21. November 2018 den nachstehenden Anzug Edibe Gögeli und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Einwegverpackungen sind bequem, aber landen relativ rasch im Abfall und benötigen wichtige Ressourcen in der Herstellung. Die Plastikproduktion ist seit 1950 weltweit von 1,7 auf über 280 Millionen Tonnen angestiegen.

Die Auswirkungen unserer Bequemlichkeit bekommen vor allem Andere zu spüren -die Natur, die Ozeane und allen voran die Meereslebewesen. Schildkröten, Haifische, Delfine und andere unschuldige Meerestiere verheddern sich und ersticken in ausrangierten, aus Kunststoff bestehenden Fischernetzen, die leider im Meer landen. Vögel, Fische und Wale fressen Plastikteile wie Strohhalme, Plastiksäcke oder Petflaschen Deckel, da sie diese mit Quallen, Würmern oder Nistmaterial verwechseln. Erst vor kurzem verendete ein Blauwal an 30kg Plastikmüll in seinem Bauch.

Aktuellen Studien zufolge wird es bis 2050 mehr Plastik in unseren Meeren, Seen und Flüssen haben als Fische. Die Mikroplastik Level in unseren Gewässern aber auch in unseren Gemüsebeeten sind alarmierend hoch. Eine neue Studie bestätigt, dass 83% unseres Trinkwassers kontaminiert ist - durch Plastikpartikel. Dabei gibt es weltweit über 800 Studien, die sich mit den schädlichen Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt befassen und sich in einem Punkt einig sind: Es gibt kein schadstoffreies Plastik. Denn selbst die für die Lebensmittelbranche zugelassenen Plastiksarten PE, PP und PET beinhalten schädliche Stoffe und geben sie an die Umgebung ab.

Nicht zuletzt trägt die Plastikproduktion auch erheblich zum Klimawandel bei. Derzeit bestehen die meisten Plastiktüten aus fossilem Rohöl. Das heisst, bei der Produktion von Plastiktüten werden jährlich zugleich rund 60 Millionen Tonnen Kohlendioxid, eines der Treibhausgase, emittiert. Durch das achtlose Wegwerfen von Plastiktüten gehen viele Rohstoffe verloren. In Europa entspricht die Energie der auf Deponien entsorgten Tüten der Stromproduktion von 1,6 Atomkraftwerken.

Basel-Stadt sollte wie auch andere innovative europäische Städte, ökologische Interessen vor ökonomischen stellen können. Folglich wird die Regierung gebeten zu überprüfen;

- ob eine "Null Plastik" Politik in öffentlichen Einrichtungen möglich ist
- keine Einwegbecher, Plastikflaschen, Kaffee kapseln und Putzmittel, die auf Chlorbasis sind, zu benutzen
- Reduktion von Plastikgeschirr und von Plastik verpackten Materialien im Allgemeinen, die der Kanton verbraucht.

Edibe Gögeli, Thomas Grossenbacher, Sarah Wyss, Pascal Pfister, Barbara Heer, Toya Krummenacher, Barbara Wegmann, Oliver Bolliger, Jürg Stöcklin, Alexandra Dill, Lisa Mathys, Beatriz Greuter, David Wüest-Rudin, Franziska Roth, Beatrice Messerli, Oswald Inglin“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Einleitung

Am 17. Juni 2020 hat der Regierungsrat in seinem Schreiben Nr. 20.0836.01 an den Grossen Rat „Strategie gegen Kunststoffabfälle“ dem Grossen Rat aufgezeigt, wie er der Plastikproblematik begegnen will. Diese kantonale Strategie gegen Kunststoffabfälle beinhaltet neben rechtlichen Grundlagen und allgemeinen Informationen auch konkrete Massnahmen zur Verminderung, Verwertung und Entsorgung von Kunststoffen. Zu den wichtigsten Massnahmen im Hinblick auf den vorliegenden Anzug gehören die Mehrweggeschirrpflicht beim Verkauf von Lebensmitteln zum unmittelbaren Verzehr im öffentlichen Raum, die Vorbildfunktion der Verwaltung bei der Nutzung von Mehrweggeschirr und die Förderung von Mehrwegverpackungen im Bereich Take-away. Das Schreiben vom 17. Juni 2020 bildet somit die Grundlage für die Beantwortung dieses Anzuges.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *ob eine "Null Plastik" Politik in öffentlichen Einrichtungen möglich ist*

Öffentliche Einrichtungen des Kantons sollen eine Vorbildfunktion einnehmen. Ein Verzicht auf Kunststoffe darf jedoch nicht zu höheren ökologischen Belastungen führen (siehe Beispiel PET-Getränkeflaschen bei der Beantwortung der Frage 2). Darum ist eine „Null Plastik“-Politik für den Regierungsrat kein gangbarer Weg. Der Regierungsrat ist bereit, wo es ökologisch sinnvoll, ökonomisch vertretbar und technisch möglich ist, Kunststoffe zu vermeiden oder durch andere Materialien zu ersetzen.

2. *keine Einwegbecher, Plastikflaschen, Kaffeekapseln und Putzmittel, die auf Chlorbasis sind, zu benutzen*

Einwegbecher: Am 1. September 2019 ist der angepasste § 20a des Umweltschutzgesetzes Basel-Stadt (USG BS) in Kraft getreten. § 20a USG BS schreibt eine generelle Mehrweggeschirrpflicht beim Verkauf von Esswaren und Getränken auf öffentlichem Grund vor. Ebenso gilt ab 1. September 2019 die Mehrweggeschirrpflicht für Gebäude und Grundstücke, die im Eigentum des Kantons oder der Gemeinden stehen oder vom Kanton oder den Gemeinden genutzt werden. Folglich ist die Verwendung von Einwegbechern in öffentlichen Verwaltungseinrichtungen unterdessen bereits untersagt.

Plastikflaschen: PET-Flaschen haben als Getränkegebinde ihre Vorzüge: Sie sind leicht, können verschlossen werden, sind bruchstabil und können sehr gut recycelt werden. PET-Getränkeflaschen gehören, vor allem bei kohlesäurehaltigen Getränken, zu den Getränkeverpackungen mit den tiefsten Umweltbelastungen.¹ In der Verwaltung wird, wenn möglich, auf den Gebrauch von PET-Flaschen verzichtet und es werden Mehrweglösungen eingesetzt. Wo in Gebäuden und auf Grundstücken, die im Eigentum des Kantons stehen oder vom Kanton genutzt werden, PET-Getränkeflaschen angeboten werden, muss gemäss § 20a USG BS der Rücklauf der Gebinde und die Rückführung der Wertstoffe z.B. mit einem geeigneten Sammelsystem in hohem Masse sichergestellt werden. Dazu muss ein entsprechendes Abfallkonzept erstellt und dieses vom Amt für Umwelt und Energie genehmigt werden.

Kaffeekapseln: In den öffentlichen Verwaltungsstellen kommt aktuell eine Vielzahl verschiedener Kaffeemaschinensysteme zum Einsatz. Weit verbreitet sind Nespresso-Professional-Maschinen mit Office-Pads aus Aluminium. Eine Untersuchung der EMPA aus dem Jahr 2011² kam zum Schluss, dass die Ökobilanz von Kaffee in Alu-Kapseln oder Alu-Pads bei einem Recycling der Kapseln/Pads genauso gut oder sogar besser abschneidet als Kaffee aus Kaffeemaschinen mit einem Mahlwerk (Vollautomaten). Dies deshalb, weil bei Vollautomaten in der Regel mehr Kaffeebohnen pro Tasse verbraucht werden als bei der Verwendung von Kapseln. Entscheidend für

¹ „Ökobilanz Getränkeverpackungen“ Bericht Carbotech im Auftrag des Bundesamts für Umwelt (2014)

² <https://www.empa.ch/documents/56164/273083/a592-2011-05-10-de-01+MM-Kaffeekapseln.pdf/d233495f-aa27-43fa-bd2e-322bd2ca1310?version=1.0>

die Umweltbelastung beim Kaffee ist aber nicht die Verpackung, sondern vielmehr die Landwirtschaft beim Kaffeeanbau.

Chlorbasierte Reinigungsmittel: Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 22. September 2020 das Bau- und Verkehrsdepartement beauftragt, ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) durchzuführen. Das öffentliche Vernehmlassungsverfahren läuft noch bis am 18. Dezember 2020 mit dem Ziel, der revidierten IVöB beizutreten. Damit wird das Beschaffungswesen möglichst schweizweit harmonisiert. Neu als Bewertungskriterium steht insbesondere die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt. Das Kriterium der Nachhaltigkeit beinhaltet die drei Dimensionen Wirtschaftlichkeit, Umwelt und Soziales und ermöglicht es damit, auf diese Themen bei der Bewertung von Angeboten zu setzen. Das ist neu!

Chlorbasierte Reinigungsmittel machen zwar nur einen sehr kleinen Teil des kantonalen Beschaffungswesens aus. Mit der neuen Regelung können aber gerade wichtige ökologische Aspekte auch im Kleinen berücksichtigt werden. Ökologische Beschaffung geht weiter als das Berücksichtigen von Anbietern und Produkten, welche die einschlägige Umweltschutzgesetzgebung einhalten. Ökologisch beschaffen heisst, dass die öffentliche Hand Produkte mit möglichst geringen Auswirkungen auf die Umwelt nachfragt, die entlang des gesamten Lebenszyklus die natürlichen Ressourcen schonen. Um dies zu beurteilen, gibt es heute schon verschiedene Ökolabels. Zudem gibt es auch Hilfsmittel, wie z.B. der „Kompass Nachhaltigkeit Öffentliche Beschaffung“ des Vereins Interessengemeinschaft nachhaltige öffentliche Beschaffung (IGÖB), die im Kanton Basel-Stadt bei der Auswahl von Produkten die Einkäufer unterstützen.

In Anbetracht der bevorstehenden Änderungen im Beschaffungswesen möchte der Regierungsrat die sozialen und ökologischen Kriterien in der öffentlichen Beschaffung ganzheitlich angehen und sieht deshalb von einem alleinstehenden Verbot für chlorbasierte Reinigungsmittel ab.

3. *Reduktion von Plastikgeschirr und von Plastik verpackten Materialien im Allgemeinen, die der Kanton verbraucht.*

In vielen Dienststellen kommt Porzellan-Geschirr zum Einsatz. Wo Mehrweggeschirr aus Kunststoff zum Einsatz kommt, hat dies seine Berechtigung: Mehrweggeschirr aus Kunststoff ist leicht, stapelbar und bruchstabil. Ein Mehrwegbecher aus Kunststoff kann bis zu 150 Mal gewaschen und verwendet werden.³ Der Regierungsrat sieht keinen Bedarf, bei dieser Handhabung Änderungen vorzunehmen.

Verpackungen schützen den Inhalt und haben daher eine wichtige Funktion. Kunststoffverpackungen können beispielsweise dazu beitragen, dass weniger Food Waste anfällt, was einen viel grösseren ökologischen Einfluss hat als die Verpackung selbst.⁴

Zur Vermeidung von Einwegverpackungen im Unterwegskonsum von Esswaren wird im Jahr 2021 eine städtische Kampagne starten. In Zusammenarbeit mit dem Gewerbe (Basler Littering-Gespräche) wird die Nutzung von Mehrweggeschirr sowohl bei Take-away-Betrieben als auch bei der Kundschaft sowie spezifisch bei Mitarbeitenden des Kantons weiter gefördert.

3. Fazit

Verschiedene Massnahmen wie z.B. die Mehrweggeschirrpflicht sind bereits gesetzlich verankert. Weitere Massnahmen sind möglich, wenn sie ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind und sich technisch umsetzen lassen. Der Regierungsrat erachtet das Thema Kunststoff als wichtig und hat

³ Mehrweg ist mehr wert“, Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt (2004)

⁴ <https://www.bazonline.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/warum-plastik-gar-nicht-so-boese-ist/story/30617958>

deshalb die „Strategie gegen Kunststoffabfälle“ beschlossen. Diese soll zukunftsweisend die Rahmenbedingungen für einen sinnvollen Umgang von Kunststoffen im Kanton Basel-Stadt stärken. Es ist anzunehmen, dass es in den nächsten Jahren im Umgang mit Kunststoffen grosse technische Fortschritte geben wird, welche in die genannte Strategie konkret einfließen werden.

Der Regierungsrat wird zudem im Rahmen der bevorstehenden Änderungen im Beschaffungswesen die sozialen und ökologischen Kriterien für die öffentliche Beschaffung prüfen, um die Nachhaltigkeit im Beschaffungswesen zu stärken.

4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Edibe Gögeli und Konsorten betreffend „Null Plastik“ Politik für öffentliche Einrichtungen abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin